

**Zusammenkunft mit dem Regierungsrat / Gemeindeaussprache
2026 – vom Donnerstag, 25. Juni 2026, 16.00 Uhr, Restaurant Kreuz,
Metzerlen**

**Themen und Besprechungspunkte der fünf Gemeinden des Sol.
Leimentals:**



Gemeinde Witterswil

Doris Weisskopf, Gemeindepräsidentin

1. Problematik der denkmalgeschützten Objekte im Hinblick auf Finanzierbarkeit der Instandstellung und der Rentabilisierung.
 2. Explodierende Bildungskosten = > integrativer Unterricht als Kostentreiber.
-



Gemeinde Bättwil

Claudia Carruzzo, Gemeindepräsidentin

1. Erneuerung GAV: Weiteres Vorgehen bezüglich Gemeinden, welche ihre Angestellten in der DGO analog dem GAV behandeln.
 2. Schulraum: Welche Massnahmen plant der Kanton, um den stetig wachsenden Bedarf an Räumlichkeiten in den Gemeinden zu bremsen?
 3. Fachkräftemangel: Wie geht der Kanton damit um und welche Learnings können die Gemeinden daraus mitnehmen?
 4. Vergünstigung U-Abo für Kinder/Jugendliche: In Baselstadt wurde dies umgesetzt, in Baselland ist es in der Planung. Gibt es diesbezüglich Ideen in Solothurn, damit auch die Solothurner Gemeinden im TNW ein solches Angebot haben?
-



Gemeinde Hofstetten-Flüh, Gemeindepräsidentin

Tanja Steiger

1. **Steuerstrategie 2030 des Kantons Solothurn**
s. separate zwei Beilagen:
 - Steuerstrategie Kt. SO - «Auswirkungen – Gemeinde Hofstetten-Flüh»
 - Steuerstrategie 2030 Kt. SO
-



Gemeinde Metzerlen-Mariastein – Marianne Frei, Gemeindepräsidentin

1. Verband Bevölkerungs- und Zivilschutz Leimental

((Schreiben an Regierungsrätin Sibylle Jeker vom 20. Mai 2026 s. Beilage))

- Der Verband Bevölkerungs- und Zivilschutz Leimental (VBZL) spielt eine zentrale Rolle im Zivilschutz und in der Notfallversorgung unserer Region.
- Der Beitritt der Sol. Gemeinden des Leimentals im Jahr 2009 hat die Reichweite und die Verantwortung des Verbands deutlich erweitert
- Der VBZL betreut mehr als 63'000 Einwohnerinnen u. Einwohner (von Burg i.L. über die Sol. Gemeinden bis nach Binningen)
- Seit Jahren kursieren Pläne, den Zivilschutz im Leimental zu zentralisieren bzw. dem Kanton SO wieder anzugliedern.

➤ **Es stellt sich die Frage, ob ein solcher Schritt für unsere Region tatsächlich sinnvoll ist?**

2. Solothurner Regierung will Steuern deutlich senken.

(Bericht: Regionaljournal Aarau-Solothurn).

Steuersenkungen auf kantonaler Ebene sind nicht kostenlos. Wenn dem Kanton weniger Einnahmen zur Verfügung stehen, besteht für uns Gemeinden die Gefahr, dass weitere finanzielle Lasten auf die Gemeinden verlagert werden. Für die Gemeinden bedeutet dies weniger finanziellen Spielraum und möglicherweise weiter steigende Belastungen für die Bevölkerung auf kommunaler Ebene.

➤ **Mit welchen Auswirkungen ist in den Gemeinden zu rechnen, wenn der Kanton SO die Steuern senkt?**

3. Gemeinde-Initiative; Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)

Die Initiative verlangt, dass künftig die Hälfte der Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank an den Kanton SO nach Massgabe der Bevölkerungszahl an die Gemeinden verteilt wird.

➤ **Wie beurteilt der Regierungsrat die Gemeinde-Initiative «Faire Verteilung der Nationalbankgelder (Gemeindeautonomie-Initiative)» des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG)?**

4. Integratives Schulsystem Kanton SO

Die Klassengrössen stellen uns immer wieder vor Herausforderungen. Bereits bei einer geringfügigen Überschreitung der maximal zulässigen Schülerzahl muss eine Klasse aufgeteilt oder eine zusätzliche Klasse gebildet werden. Gleichzeitig erhöhen die Anforderungen an die Räumlichkeiten den Platzbedarf: Gruppenräume, Rückzugsorte sowie Förder- und Arbeitsinseln für Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder Verhaltensauffälligkeiten benötigen zusätzlichen Raum.

Angesichts dieser erheblichen finanziellen Belastung wäre mehr Verständnis und eine stärkere Unterstützung seitens des Kantons angebracht. Gerade ältere Personen profitieren nicht direkt von Investitionen in die Schule und stehen solchen Ausgaben daher oft zurückhaltend gegenüber. Entsprechend anspruchsvoll ist es, für derart hohe Investitionen die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen

- **Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um Gemeinden bei den steigenden Kosten für zusätzliche Schulräume und die Einhaltung der kantonalen Vorgaben zu Klassengrössen sowie Förder- und Betreuungsangeboten finanziell stärker zu unterstützen?**



Gemeinde Rodersdorf

Christophe Grundschober, Vize-Präsident

Die von den übrigen Gemeinden eingebrachten Punkte entsprechen inhaltlich den Fragen der Gemeinde Rodersdorf und werden deshalb nicht nochmals aufgeführt.
